

## Übersicht

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 21. Sitzung am 22.01.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1	Niederschrift über die 20. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 26.11.2013	anerkannt	--
2	Radverkehrskonzept Vortrag Büro Kaulen	Kenntnisnahme	--
3	Antrag der FDP-Fraktion vom 28.11.2013: Ampeln im Kreisgebiet fahrradfreundlich schalten	Antrag wurde zurückgezogen	--
<b>4</b>	<b>Brückensanierungen</b>		
4.1	Sachstandsbericht der Verwaltung	Kenntnisnahme	--
4.2	Anpassung des ÖPNV-Angebotes Rhein-Sieg-Kreis/Bonn - Buslinien SB 55 und 551 -	<b>PVA 105/14</b> Empfehlung KA: Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	<b>einstimmig,</b> Seite
5	Evaluationsbericht zum Nahverkehrsplan - Teilraum Alfter -	<b>PVA 106/14</b> Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	<b>einstimmig,</b> Seite
6	Kreiswettbewerb 2014 "Unser Dorf hat Zukunft"	<b>PVA 107/14</b> Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	<b>einstimmig,</b> Seite
7	Landesentwicklungsplan	<b>PVA 108/14</b> Verweis an KA ohne Empfehlung	<b>einstimmig,</b> Seite
<b>8</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>		
8.1	Agger-Sülz-Radweg	Kenntnisnahme	--
8.2	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	--
	a) Ortsumgehung Uckerath		
	b) Anfrage zum Sachstand der Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf		
	c) Sanierung der Hohenzollernbrücke in Köln		
	d) Klaus Karcher		

<b>TO.- Punkt</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Beschluss-Nr./ Ergebnis</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
9	<b>Nichtöffentlicher Teil</b> Mitteilungen und Anfragen	--	--

Folgende Beschlussempfehlungen fallen in die **Zuständigkeit des Kreisausschusses**:

<b>TO.- Punkt</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Beschluss-Nr./ Ergebnis</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
4.2	Anpassung des ÖPNV-Angebotes Rhein-Sieg- Kreis/Bonn - Buslinien SB 55 und 551 -	<b>PVA 105/14</b> Empfehlung KA: Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	<b>einstimmig,</b> Seite
7	Landesentwicklungsplan	<b>PVA 108/14</b> Verweis an KA ohne Empfehlung	<b>einstimmig,</b> Seite

## Niederschrift

über die in der 21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 22.01.2014 gefassten Beschlüsse:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:25 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 13.01.2014  
**Einladungsnachtrag vom:** --

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch  
Herr Marcus Kitz bis 17.30 Uhr  
Herr Oliver Krauß  
Frau Heidi Rahmel in Vertretung für Abg. Mersch  
Herr Tim Salgert  
Herr Helmut Weber  
Herr Frank Zähren bis 18.20 Uhr

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht  
Frau Ute Krupp  
Herr Jürgen Kusserow bis 18.10 Uhr  
Herr Dietmar Tendler bis 17.40 Uhr

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz  
Herr Martin Metz  
Herr Ingo Steiner

#### Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

#### Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

#### Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Gero Knuth bis 17.55 Uhr

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch  
Herr Frederic Tewes

#### Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus Reker

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

**Entschuldigt fehlten:**

Frau Abg. Renate Mersch (CDU)

Herr SkB Dirk Schlömer (SPD)

**Vertreter/-innen der Verwaltung:**

Planungsdezernent Jaeger

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg - bis TOP 4.2

Referatsleiter Wirtschaftsförderung Dr. Tengler - ab 17.35 Uhr

KBOR'in Strüwe - bis TOP 7

KVR Pütz - ab 16.30 Uhr bis TOP 4.2

KAR Lülsdorf - ab 16.40 Uhr

Dipl.-Geogr.'in Kollmann - bis TOP 7

Dipl.-Ing. Paßgang

Dipl.-Ing. Habedank

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir

Dr.-Ing. Groneck - bis TOP 4.2

**Gäste:**

Dr. Ralf Kaulen, Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen, Aachen

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die Vertreter der Presse zur ersten Sitzung im neuen Jahr. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest und wies darauf hin, dass heute zu TOP 8.3 „Aktuelle Mitteilungen und Anfragen“ noch eine **Tischvorlage** zur Ortsumgehung Hennef-Uckerath verteilt worden sei.

Abg. Dr. Kuhlmann kündigte an, dass er unter TOP 8.3 eine Anfrage zum Sachstand der Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf stellen werde.

**Anmerkung der Schriftführerin:**

***Die Tischvorlage ist dieser Niederschrift noch einmal als Anlage 1 beigelegt.***

1	Niederschrift über die 20. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 26.11.2013	
---	--	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

2	Radverkehrskonzept Vortrag Büro Kaulen	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Kaulen vom Stadt- und Verkehrsplanungsbüro Kaulen und bat ihn um Vorstellung des Radverkehrskonzeptes für den Rhein-Sieg-Kreis.

Herr Dr. Kaulen erläuterte Anlass und Zielsetzung, stellte die Inhalte des Radverkehrskonzeptes einschließlich der Hauptachsen und des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes vor und machte anschließend Vorschläge zur Umsetzungsstrategie.

**Anmerkung der Schriftführerin:**

***Die Präsentation des Referenten ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.***

Abg. Nöthen erkundigte sich, ob Herr Dr. Kaulen Angaben dazu machen könne, wie viel Prozent des Radverkehrs sich auf den Berufsverkehr und wie viel Prozent sich auf den Freizeit- und Tourismusverkehr beziehen.

Abg. Albrecht dankte für den interessanten und ausführlichen Vortrag. Allerdings habe er eine Priorisierung in Bezug auf konkrete Projekte vermisst. In Meckenheim gebe es z.B. das Projekt „Lückenschluss Landstraße Sängershof Richtung Bonn“. Ihn interessiere, in welchem Zeitfenster welche Projekte konkret geplant seien.

Abg. Metz dankte ebenfalls für die Präsentation und fragte nach, wie flexibel das Konzept in Bezug auf die geplanten Radrouten, die Lückenschlüsse und Ausbaumaßnahmen sei. Insbesondere wollte er wissen, ob auf Ausbaumaßnahmen zu Gunsten von alternativen Routenführungen verzichtet werden könne.

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Herr Dr. Kaulen antwortete, zu den Prozentzahlen des Berufs- und Touristikverkehrs könne er keine konkreten Angaben machen, da es unterschiedliche Netze und Verkehrsausbaustufen gebe. Jede Achse habe seine eigene Aufgabenstellung. Während der Siegtalradweg eher touristisch genutzt werde, diene der Radweg zwischen Sankt Augustin und Siegburg in erster Linie dem Berufsverkehr. Bezogen auf die Priorisierung stellte er fest, dass es einen ersten mit dem Kreis abgestimmten Entwurf der Prioritätensetzung gebe. Dieser müsse aber noch mit den kreisangehörigen Kommunen abgestimmt werden. Darüber hinaus müsse mit den unterschiedlichen Baulastträgern ein Konsens erreicht werden. Wenn eine bestimmte Strecke nicht umsetzbar sei, könne man im Rahmen eines Sofortmaßnahmenprogramms Alternativen darstellen. Sein Büro habe auch den Auftrag, das Radverkehrskonzept NRW fortzuschreiben. Ein Mitarbeiter sei kontinuierlich damit befasst, das Netz den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Abg. Dr. Kuhlmann wollte wissen, inwieweit im Konzept das Thema „fahrradfreundliche Ampelschaltung“ untersucht werde.

Abg. Krauß erkundigte sich, ob die Planung auch auf schnellere Verbindungen ausgerichtet sei und das Vorhandensein von geeigneten Abstellanlagen für Fahrräder berücksichtigt worden sei.

Herr Dr. Kaulen wies darauf hin, dass es 2013 eine Novelle der Straßenverkehrsordnung gegeben habe, die sich auch auf den Radverkehr auswirke. Danach gehe Verkehrssicherheit vor Leistungsfähigkeit und der Radverkehr werde nicht mehr dem Fußgängerverkehr, sondern dem allgemeinen Fahrverkehr zugeordnet. Es seien zwar nicht alle Ampelschaltungen auf den Hauptachsen untersucht worden, in dem Radverkehrskonzept werde aber darauf hingewiesen, dass die Lichtsignalanlagen auch den Rahmenbedingungen der Fahrradfahrer angepasst werden müssen.

Bezogen auf den Planungswettbewerb „Radschnellwege NRW“ erläuterte Herr Dr. Kaulen, wie es aus seiner Sicht zu der Entscheidung des Landes gekommen sei. Radschnellwege seien ein neues, sehr hochwertiges Gestaltungselement im Radverkehr. Im Rahmen des Planungswettbewerbes "Radschnellwege NRW" sei auch das Potenzial für den Radverkehr im Rhein-Sieg-Kreis ermittelt worden. Es habe sich gezeigt, dass einige Verkehrsbeziehungen so stark nachgefragt werden, dass Radschnellwege sinnvoll seien. Von daher empfehle er, ausgewählte Hauptachsen langfristig als Radschnellwege weiterzuentwickeln.

Das Thema „sichere Abstellanlagen“ sei ein ganz wichtiges Element, um noch mehr Menschen „auf das Rad zu bekommen“. Deshalb werden im Radverkehrskonzept auch die multimodalen Verknüpfungspunkte definiert und als Maßnahme die Errichtung von ausreichenden und sicheren Abstellanlagen vorgesehen.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte das weitere Verfahren. Das Gesamtkonzept werde jetzt den Kommunen zur Stellungnahme vorgelegt. Es sei beabsichtigt, auf der Basis der Rückmeldungen aus den Kommunen noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Beschlussvorschlag für den Ausschuss zu erarbeiten.

Zum Thema „Radschnellwege“ führte er aus, die Verwaltung sei sich mit den am Planungswettbewerb beteiligten Kommunen einig, dass auch weiterhin Interesse an schnelleren Radwegeverbindungen bestehe. Jetzt solle in weiteren Gesprächen geklärt werden, welche Maßnahmen eigenständig bei den Kommunen umgesetzt werden können.

Abg. Metz betonte, die Radverkehrspolitik des Kreises habe sich nicht nur auf Radschnellwege bezogen, sondern sei auch gerade vor dem Hintergrund der Verkehrs-

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

probleme kontinuierlich fortgeführt worden. Bessere Radwege allein können zwar die Probleme nicht lösen, aber sie können einen wichtigen Beitrag leisten. Eine wesentliche Herausforderung werde es deshalb sein, für das Radwegekonzept einen politischen Konsens zu erzielen, damit die Netzplanung dann auch effektiv umgesetzt werde. Er hoffe sehr, dass man nach einem intensiven Abstimmungsprozess sowohl in den Kommunen, als auch im Kreistag eine gemeinsame Basis habe, die alle vorantreiben wollen. Dann habe man auch gute Chancen, Fördermittel zu akquirieren.

3	Antrag der FDP-Fraktion vom 28.11.2013: Ampeln im Kreisgebiet fahrradfreundlich schalten	
---	---	--

Abg. Dr. Kuhlmann erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Obwohl sich in den Diskussionen alle darüber einig seien, dass Radfahren attraktiver werden müsse, lasse die Sicherheit und Qualität des Radwegenetzes nach seinen Erfahrungen viel zu Wünschen übrig. Auf dem Abschnitt zwischen Witterschlick und Duisdorf gebe es z.B. viele Schwachpunkte und Gefahrenquellen: Fehlender Radweg entlang der L 113, gefährliche Kreuzung in Nettekoven, zu schmale, gemeinsame Rad- und Fußwege, die für beide Richtungen genutzt werden müssten, nicht abgesenkte Bordsteine und im Winter nicht geräumte Radwege. Ein besonderer Schwachpunkt sei die Schaltung der sog. Bedarfsampeln. Auch wenn die Autofahrer eine Grünphase hätten, bleibe die Ampel für den Radverkehr „rot“, wenn der Bedarf nicht rechtzeitig angemeldet worden sei. Dies halte er für eine Diskriminierung der Radfahrer. In ihrer Stellungnahme weise die Verwaltung selber darauf hin, dass eigene Signalgeber für Radfahrer eine effektivere Grünzeitvergabe ermöglichen. Er frage sich, warum dies bei dem Neubau der Alma-Brücke und der Neugestaltung der Kreuzung nicht schon berücksichtigt worden sei. Darüber hinaus stelle die Verwaltung fest, dass der FG-/RF-Querungsbedarf an der Kreuzung in Alfter-Oedekoven zu gering sei, um eine durchgehende automatische Grünlichtschaltung für Radfahrer und Fußgänger einzurichten. Er erkundigte sich, ob es hierzu Zahlen gebe und wo die Schwellenwerte liegen. Dann werde in der Vorlage von Sicherheitsrisiken bei einer automatischen Grünlichtschaltung gesprochen. Diese könne er nicht erkennen. Er hoffe, dass das Thema „Ampelschaltung“ im Rahmen des Radwegekonzeptes weiter geprüft und vertieft werde und dass die Ampelschaltung an der Kreuzung B 56/ Konrad-Adenauer-Damm nach Fertigstellung der Ortsumgehung Bornheim (L 183n) noch einmal überprüft werde.

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg antwortete, „Sicherheit gehe vor Schnelligkeit“. Danach seien grundsätzlich auch die Lichtzeichenanlagen auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises ausgerichtet. Dennoch werde das Straßenverkehrsamt die Gegebenheiten aller betreffenden signalisierten Querungen im Rahmen der nächsten turnusmäßigen Lichtsignalverkehrsschauen noch einmal überprüfen. Er müsse an dieser Stelle aber auch darauf aufmerksam machen, dass es für den Antrag im Kreistag keine sachliche Zuständigkeit gebe. Bei den Aufgaben nach der Straßenverkehrsordnung handele es sich um Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, d.h. die Erfüllung obliege dem Landrat; es gebe keinen Raum für politische Entscheidungen. Der Ausbau des Radverkehrs sei sowohl den Straßenverkehrsbehörden auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises, als auch der Planung ein besonderes Anliegen. Zurzeit betrage der prozentuale Anteil der Radfahrer im Kreisgebiet 7 %. Dies sei zu wenig. Außerdem werde der Radverkehr durch die Pedelecs und E-Bikes immer schneller. Dem müsse ebenfalls - immer unter Berücksichtigung des Sicherheitsaspektes - Rechnung getragen werden. Was im Moment bezogen auf die Ampelschaltung in Alfter machbar sei, habe die Verwaltung in der Vorlage dargestellt.

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Bezogen auf die Nachfrage von Herrn Abg. Dr. Kuhlmann zu dem FG-/RF-Querungsbedarf an der Kreuzung in Alfter-Oedekoven antwortete er, es gebe zwar keine aktuellen Belastungszahlen, aber aus einer Zählung von 2010 sei der Verwaltung bekannt, dass dort innerhalb von zwei Stunden 11 Fahrradfahrer die Straße gequert haben. Das Straßenverkehrsamt werde dies aber im Rahmen der Prüfung des Verlagerungsverkehrs nach Fertigstellung der Ortsumgehung Bornheim ebenfalls noch einmal in die Gesamtbetrachtung mit einbeziehen.

Abg. Bausch dankte Herrn Sieberg für die ergänzende klare Stellungnahme. Es sei deutlich geworden, dass die Politik im Sinne des Antrags nur eine sehr begrenzte Möglichkeit der Einflussnahme habe.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärte sich der Antragsteller mit der in der Verwaltungsvorlage ausgeführten Vorgehensweise einverstanden und verzichtete auf eine Abstimmung.

Abg. Dr. Kuhlmann zog den Antrag zurück.

<b>4</b>	<b>Brückensanierungen</b>	
----------	---------------------------	--

4.1	Sachstandsbericht der Verwaltung	
-----	----------------------------------	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, schlug vor, TOP 4.1 und 4.2 zusammen zu beraten. Hierüber bestand Einvernehmen.

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg berichtete, letzte Woche haben sich in einem Gespräch beim Landesbetrieb Straßen NRW, Niederlassung Krefeld, alle beteiligten Behörden für eine „4 : 0“-Verkehrsregelung ausgesprochen, d.h. es gebe auf einer Seite der Nordbrücke zwei Fahrspuren in jede Richtung. Diese Verkehrsführung sei aber aus Sicherheitsgründen (Statik!) nur möglich, wenn die Nordbrücke für Fahrzeuge über 3,5 t zulässiges Gesamtgewicht gesperrt werde. Erforderlich für die entsprechende Anordnung der Bezirksregierung sei deshalb, dass die Einhaltung des Durchfahrverbotes von der Polizei intensiv überwacht werde. Die Baustelle werde ca. eine Woche vor Beginn der Sommerferien eingerichtet. In den Ferien werde dann in einem Zwei-Schichtbetrieb an 7 Tagen die Woche der Austausch der Fahrbahnübergänge vorgenommen. Die Woche nach den Sommerferien (Maximum) werde dann dazu genutzt, die Baustelle wieder abzubauen.

Einzelheiten zu den Sperrungen, den von der Ingenieurgesellschaft Brilon, Bondzio und Weiser in einem sog. „Verkehrsumlagemodell“ berechneten Verdrängungsverkehr sowie die Auswirkungen auf die L 269/L 16 und das linksrheinische Kreisgebiet können den beigefügten **Anlagen 3 und 4** entnommen werden.

Abg. Tendler dankte Herrn Sieberg für die Informationen und insbesondere für die in den Verhandlungen geleistete Überzeugungsarbeit zur beabsichtigten Umsetzung der „4 : 0“-Verkehrsführung. Es sei nicht absehbar, wie sich der Verkehr entwickeln werde und wie das Pendlerverhalten sein werde. Es bleibe eine spannende Frage, inwieweit der Pkw-Nutzer bereit sein werde, auf den ÖPNV umzusteigen. Bezogen auf die Linie 66 machte er noch einmal deutlich, dass alles versucht werden müsse, um die Stadtbahnlinie möglichst störungsfrei zu halten. Da es in einem kleinen Be-

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

reich in Beuel Mischverkehr gebe, erkundigte er sich, ob es hier durch Sperrmarkierungen oder Ähnliches Möglichkeiten gebe, die Linie 66 während der Bauzeit aus dem Individualverkehr herauszuhalten.

Herr Siegberg antwortete, das Problem sei der Stadt Bonn mitgeteilt worden. Dort werde zurzeit in einem hausinternen Abstimmungsprozess geklärt, ob es für die Sommerferien eine Lösung gebe. Das hänge u.a. auch von dem Straßenquerschnitt ab. Eine Markierung sei nicht ausreichend, es müssten mindestens Absperrvorrichtungen aufgestellt werden. Er hoffe, dass bis zur Gemeinschaftssitzung am 04.04.2014 Ergebnisse vorliegen.

Abg. Bausch wies darauf hin, dass in der letzten Gemeinschaftssitzung im Oktober 2013 der Projektleiter von Straßen.NRW, Herr Korte, erläutert habe, dass sich bei der jetzt angestrebten 4-spurigen Verkehrsführung die Bauzeit verlängere. Er bat hierzu um Klarstellung. Darüber hinaus fragte er nach, bis wann mit einer endgültigen Entscheidung zur Verkehrsführung zu rechnen sei.

Herr Siegberg äußerte die Hoffnung, dass es kurzfristig eine Entscheidung geben werde. Sobald diese vorliege, werde er den Ausschuss über die Schriffführung informieren. Hinsichtlich der Bauzeit bei einer „4 : 0“-Verkehrsführung führte er aus, diese werde - wie heute dargestellt - 6 Wochen zuzüglich jeweils ca. eine Woche Auf- und Abbau betragen. Die in der Gemeinschaftssitzung angesprochene „18-Wochen-Lösung“ habe sich auf eine „3 : 1“-Verkehrsführung bezogen, die aber allein schon aus statischen Gründen nicht umsetzbar sei.

Abg. Kitz sprach den ÖPNV und die L 16 als Verbindungsstück zwischen der A 565 und der B 56 an. Wenn die Nordbrücke für den Schwerverkehr über 3,5 t gesperrt werde, bedeute dies auch, dass die Buslinie 551 von Troisdorf kommend nicht mehr über die Nordbrücke fahren dürfe. Während auf der L 269 eine separate Busspur vorhanden sei, stehe der Bus auf der L 16 Richtung B 56 im gleichen Stau wie der Individualverkehr. Er erkundigte sich, ob darüber nachgedacht worden sei, die L 16 werktags zumindest in Teilbereichen zur Einbahnstraße zu machen, um den Verkehr zu entzerren und vor allem, um eine separate Busspur zu haben. Bezogen auf das Busangebot SB 55 und 550 wies er darauf hin, dass die SB 55 - wie beschlossen - als Zusatzangebot auch während der Ferienzeiten verstärkt gefahren werden solle, während die bei der Linie 550 an Schultagen ab Rheidt zusätzlich angebotenen 5 Fahrten an Ferientagen nicht vorgesehen seien. Er bitte um Überprüfung und Abstimmung mit Bonn, ob diese Zusatzfahrten nicht auch in den Sommerferien 2014 durchgeführt werden können. Darüber hinaus regte er an, mit den Verkehrsunternehmen SWB und RSVG Gespräche dahingehend zu führen, den Busfahrern während der Bauphase auf der Nordbrücke eine flexible Linienwegauswahl zu ermöglichen. Statt viel Zeit im Stau auf der L 16 zu verbringen, könnten die Busse über Schwarzrheindorf bis zum Konrad-Adenauer-Platz fahren. Außer dem jetzt von den Linien 550 und 640 befahrenen Linienweg über den Stiftsweg gebe es noch eine zweite Fahrstrecke in Schwarzrheindorf, die auch von Gelenkbussen nutzbar sei.

Herr Siegberg betonte nochmals, dass aufgrund des zu geringen Straßenquerschnitts eine separate Busspur auf der L 16 nicht eingerichtet werden könne. Sobald feststehe, dass die „4 : 0“-Verkehrsführung angeordnet werde, müssen mit der Stadt Bonn Gespräche geführt werden, um den ÖPNV sicherzustellen und die Verkehrseinschränkungen zu minimieren. Der Rhein-Sieg-Kreis werde dann auch das Thema „Einbahnstraße auf der L 16“ ansprechen.

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya äußerte, die Frage der alternativen Linienführung und die Ausdehnung der fünf Zusatzfahrten ab Rheidt auf die Sommerferien 2014 seien bisher nicht Gegenstand der Diskussionen gewesen. Auch hierfür gelte, dass zunächst die Verkehrsführung auf der Nordbrücke eindeutig feststehen müsse. Anschließend müssten sowohl mit den Verkehrsunternehmen, als auch mit den Kommunen Alternativen für den ÖPNV besprochen werden. Insbesondere müsse dann auch über die Sicherstellung des Schülerverkehrs nachgedacht werden.

Abg. Metz äußerte Verständnis für das Erfordernis der intensiven Überwachung des Durchfahrverbotes. Das Beispiel Leverkusen habe gezeigt, wie wichtig es sei, hier rigoros mit entsprechenden Strafen durchzugreifen. Dies sei im Falle der Nordbrücke aufgrund der Statik unbedingt notwendig, um wirklich ernsthafte Gefahren auszuschließen. Wenn zwischen dem Autobahndreieck Bonn-Beuel und dem Autobahnkreuz Bonn-Nord eine 4-spurige Verkehrsführung ohne die Auf- und Abfahrten und ohne LKW-Verkehr eingerichtet werde, dann könne es durchaus sein, dass der Verkehr auf der Nordbrücke selber relativ gut laufe. Nach seiner Ansicht werden sich die wirklichen Probleme auf dem nachgeordneten Netz abspielen. Dort werde der Verkehr viel unkalkulierbarer sein. Deshalb werde es in diesem Zeitraum bei den Behörden besonders auf die Kommunikation und Koordination ankommen. Bei den zu erwartenden Schleichverkehren dürfe es nicht noch zusätzlich Kanalsanierungen o.ä. in den Ortschaften geben. Er hoffe, dass das Baustellenmanagement gut funktioniere. Auch müsse man in der Lage sein, flexibel zu reagieren, ggf. müssten an Kreuzungen Verkehrsregelungen vorgenommen oder Ampelschaltungen verändert werden. Hier sollten die Behörden in den Sommerferien ihren Schwerpunkt setzen. Ansonsten könne er nur hoffen, dass möglichst viele Autofahrer auf den ÖPNV umsteigen. In diesem Zusammenhang bitte er die Verwaltung auf Anregung der FDP Troisdorf um Prüfung, ob ein zusätzlicher Halt des Schnellbusses SB 55 an der Bergstraße in Troisdorf-Bergheim sinnvoll sei, da es hier einen größeren P & R-Platz gebe.

Abg. Albrecht machte darauf aufmerksam, dass ein gut fließender Busverkehr aus dem linksrheinischen Kreisgebiet in Richtung Hauptbahnhof auch deshalb besonders wichtig sei, weil die RB 23 in den Sommerferien nicht fahre.

4.2	Anpassung des ÖPNV-Angebotes Rhein-Sieg-Kreis/Bonn - Buslinien SB 55 und 551 -	
-----	---	--

**Anmerkung der Schriftführerin:**

*Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits unter TOP 4.1 mitberaten. An dieser Stelle wurde nur noch der Beschluss-Vorschlag der Verwaltung zur Abstimmung gestellt.*

**B.-Nr.**  
**105/14**

**Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Umsetzung der Angebotsausweitungen auf den Linien SB 55 und 551.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**einstimmig**

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
5	Evaluationsbericht zum Nahverkehrsplan - Teilraum Alfter -	

Abg. Krauß äußerte, der neue Haltepunkt in Alfter-Impekoven und der damit verbundene Abbau des parallelen Busverkehrs sei der Ausgangspunkt für die Angebotsverbesserungen in anderen Bereichen. Im Vordergrund habe dabei der langjährige Wunsch nach der Erschließung der Alfterer Hanglagen mit Kleinbussen gestanden. Er lobte den von der Verwaltung vorgelegten Evaluationsbericht. Dieser sei aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen noch anspruchsvoller und innovativer, als die für das rechtsrheinische Kreisgebiet bereits vorgelegten Berichte. Denn in Alfter habe man ein Straßennetz, das in naher Zukunft nicht ausgebaut werde und das die Erschließung der Hanglagen mit einem guten ÖPNV sehr schwierig gestalte. Wenn das jetzt erarbeitete Konzept mit Kleinbussen funktioniere, könne dies auch ein gutes Vorbild für andere Kommunen sein. Der Zeitrahmen sei sehr eng, da das Konzept noch vor der Kommunalwahl beschlossen werden müsse, um es zum Fahrplanwechsel im Dezember 2014 umzusetzen. Deshalb sei er auch dankbar für die enge überparteiliche Zusammenarbeit vor Ort. Er wisse natürlich, dass es nicht nur Vorteile für die Hang- und Höhenlagen gebe und dass darüber hinaus der Wunsch bestehe, auch noch die Hochlagen zu erschließen. Dennoch glaube er, dass unter Berücksichtigung der Fahrplanstabilität und der Kapazität mit dem jetzt vorliegenden Angebotskonzept ein großer Schritt zur Optimierung des ÖPNV in Alfter gelungen sei. Ein besonderes Anliegen sei für ihn der als Endhaltepunkt für die neue Kleinbuslinie geplante Roisdorfer Bahnhof. Zur Fahrzeitverkürzung bitte er um Prüfung, ob der Kleinbus nicht unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude halten könne, auch wenn dadurch einige Parkplätze entfallen müssten. Für Witterschlick, Vollmershoven und Heidgen gebe es bisher keine Verbesserungen. Es bestehe der Wunsch, dass man die Wochenendanbindung der Linie 800 noch einmal überarbeite. Für das Umfeld des neuen Haltepunktes Impekoven entstehen etwas weitere Fußwege, weil man für Bahn-Haltepunkte ein größeres Erschließungsumfeld habe. Hier müsse man immer wieder Kompromisse eingehen, um für möglichst viele Alfterer Bürger ein ÖPNV-Angebot zur Verfügung stellen zu können. Was das Thema „Falschparker“ anbelange, sollte auf jeden Fall die Gemeinde beteiligt werden. Parkverbotszonen müssten nicht nur wegen des Linieweges für die Kleinbusse, sondern auch aus Sicherheitsaspekten für Feuerwehr-Einsatzfahrzeuge eingerichtet werden. Die Option der Linienverlängerung Sechtem und Meckenheim finde er sehr interessant. Auch hier müssten Fahrplanstabilität und Kapazität im Auge behalten werden.

Abg. Dr. Kuhlmann bestätigte, der Evaluationsbericht sei eine hervorragende Diskussionsgrundlage. Er enthalte viele positive Effekte für Alfter, insbesondere natürlich die Erschließung der Hanglagen mit der Kleinbuslinie. Demgegenüber sei der Hertersplatz, das Zentrum von Alfter-Ort, künftig nicht mehr so gut angebunden. Eine deutlich schlechtere Anbindung befürchte er auch an den Bahnhof Duisdorf. Mit dem Evaluationsbericht nicht gelöste Probleme seien die fehlende Verbindung zwischen Witterschlick und dem Rathaus in Oedekoven, die Einbindung der Alanus-Hochschule mit ihren verschiedenen Standorten in das ÖPNV-Netz, die fehlende Verbindung zwischen Vollmershoven und Alfter-Ort und die Anbindung von Witterschlick an die Nachtbuslinie (Fortführung der N 9 bis zum Bf Witterschlick).

Abg. Metz sprach der ÖPNV-Abteilung ebenfalls ein großes Lob für den Evaluationsbericht aus. Er habe den Bericht seinen Alfterer Parteikollegen zur Verfügung gestellt, die das Optimierungskonzept ebenfalls als positiv ansehen. Er halte es für vernünftig, die Erschließung der Hanglagen zunächst mit zwei separaten Kleinbuslinien zu beginnen, da noch keine konkreten Erfahrungen zu Fahrzeiten und Linien-

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

fürungen vorliegen. Zum Thema „Anbindung des Hertersplatzes“ bitte er noch einmal um detaillierte Auswertungen der Fahrgastzahlen. Sinnvoll wäre vielleicht auch eine Befragung der Fahrgäste nach ihrem Herkunftsort, um einen Überblick zu erhalten, wie viele Kunden von der Einschränkung des Angebotes betroffen seien. Wichtig sei ihm auch der Bereich Witterschlick bzw. die Anbindung zum Arbeitsplatzschwerpunkt Hardthöhe. Insofern bitte er noch einmal um genaue Auswertung der TaxiBus-Linie 812 (Witterschlick - Vollmershoven - Hardthöhe).

Abg. Albrecht äußerte, er glaube schon, dass die im Evaluationsbericht enthaltenen Vorschläge eine Verbesserung für die Älteren ÖPNV-Kunden bringen werden. Als Meckenheimer müsse er aber auch feststellen, dass der Bericht einiges Brisantes für die Meckenheimer Bürger beinhalte. Insbesondere bitte er die geplante Abbindung der Buslinie 843 am Bahnhof Duisdorf noch einmal zu überdenken. Als weiteres Problem sehe er die geplante zusätzliche Haltestelle im Merler Ortskern. Er könne sich nicht vorstellen, wo der Bus auf der sehr schmalen Godesberger Straße halten solle. Hier werde es nach seiner Einschätzung bestimmt zahlreiche Proteste geben. Er rege deshalb an, dass Konzept rechtzeitig nicht nur in der Kommune, sondern auch in einer Art Bürgerversammlung vorzustellen. Eine Verkürzung der Fahrzeiten sei grundsätzlich positiv zu bewerten. Man dürfe nur nicht gegen den Bürgerwillen agieren. Als sehr positiv begrüße er jetzt schon den geplanten 30-Minuten-Takt der Linie 843. Dies sei eine deutliche Verbesserung für die „neue Mitte“ von Meckenheim, die zurzeit nur stündlich versorgt werde.

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir antwortete, nachdem die damalige Abbindung der Linie 843 am Industriepark Meckenheim zurückgenommen worden sei, seien die Fahrgastströme noch einmal genau analysiert worden. Es gebe relativ wenige „Durchfahrer“ zum Bonner Hauptbahnhof. Hauptziel sei der Hardtberg und der könne weiterhin von den Meckenheimer Bürgern mit der Linie 843 erreicht werden. Die Erreichbarkeit der Rochusstraße werde über den neuen Haltepunkt Helmholtzstraße (RB 23) gewährleistet. Im Detail werde das Gesamtkonzept für die Stadt Meckenheim aber erst zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet. Das schließe natürlich nicht aus, dass es im Rahmen der Evaluation von Teilräumen auch immer wieder zu Strahlwirkungen in Nachbarkommunen kommen könne. Das Thema TaxiBus-Linie 812 könne die Verwaltung gerne noch einmal aufgreifen. Nach seinem Kenntnisstand sei aber die Nachfrage aus dem Raum Euskirchen in Richtung Hardtberg nicht so hoch. Die Alanus-Hochschule werde in der neuen Konzeption durch den geplanten Kleinbus angebunden. Vom Campus II bedeute dies zwar ein wenig Fußweg, dies sei aber im Vorfeld mit der Hochschule besprochen worden. Werde ein zusätzliches Angebot zur Verbindung der beiden Standorte gewünscht, müsste sich auch die Hochschule an der Finanzierung beteiligen. In diesem Zusammenhang warnte er auch vor einem Ausdehnen des Instrumentes der Kleinbusse. Die Hanglagen in Alfter und die Situation in Rheinbach-Ort seien Sonderfälle, die nicht ohne weiteres übertragbar seien. Generell ziele der ÖPNV auf die Bedienung von großen Mengen und Hauptachsen ab. Er hoffe, dass die Kleinbus-Nachfrage in den Hanglagen in Alfter nicht zu groß werde und die Fahrzeugkapazität ausreiche. Zum Thema „Nachtbuslinie“ wies er darauf hin, dass es am Wochenende bereits eine Spätfahrt auf der RB 23 gebe. Im Übrigen habe die Verwaltung auch noch den Auftrag ein Nachtbuskonzept zu erarbeiten. Die Anbindung von Witterschlick zum Rathaus Alfter halte er aufgrund der geringen Nachfrage und weil noch nicht feststehe, ob das Rathaus renoviert oder neu gebaut werde, für nicht vorrangig.

Abg. Bausch teilte die skeptische Äußerung des Abg. Albrecht zur Linie 843, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass dies auch noch einmal im Rahmen des Mecken-

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

heimer Konzeptes diskutiert werden könne. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass, wenn erst mal die Verbesserungen auf der RB 23 realisiert seien und die Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung genutzt werden, es nicht ausgeschlossen sei, dass sich dies auch noch auf die anderen Linienbeziehungen auswirke. Zu der Linienführung über die Godesberger Straße äußerte er, diese habe es schon einmal vor 25 Jahren gegeben. Dann sei sie aber aus einem bestimmten Grund aufgegeben worden. Heute sei die Situation aber eine völlig andere. Unter dem Gesichtspunkt der Verkehrsoptimierung könne er sich deshalb auch sehr gut vorstellen, die jetzt vorhandene Busschleife am „Meckenheimer Dom“ aufzugeben und die Linie stattdessen über die Godesberger Straße zu führen. Ob eine zusätzliche Haltestelle auf dem kurzen Stück zwischen den Haltestellen Merl Schleife und Godesberger Straße erforderlich sei, bezweifle er.

Abg. Krupp machte deutlich, oberstes Ziel müsse es sein, das ÖPNV-Angebot so weit wie möglich zu optimieren und die Kunden zufrieden zu stellen. Natürlich müsse auch über preisgünstige, nachfrageangepasste Lösungen nachgedacht werden. Es könnten nicht immer nur große Busse eingesetzt werden. Ihr Anliegen sei es, z.B. jedem Jobticket-Inhaber - auch von den Hanglagen in Alfter oder den Rheinbacher Ortschaften - zu ermöglichen, mit dem Bus einen Bahnanschluss zu erreichen, um dann mit dem Zug nach Bonn oder Köln weiter fahren zu können. Insofern freue sie sich, wenn auch das Kleinbusangebot gut angenommen werde.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya betonte, auch die ÖPNV-Abteilung freue sich über jeden neuen Kunden. Das Problem bestehe nur darin, dass im Falle der Überlastung der Kleinbusse weitere Fahrzeuge und zusätzliches Personal benötigt würden, weil in diesen Bereichen keine großen Busse eingesetzt werden könnten.

Abg. Krauß räumte ein, Kapazitätsprobleme im Zusammenhang mit den schwierigen Straßenverhältnissen könnten in der Tat zu neuen Problemen führen. Bezogen auf die Rathausanbindung in Alfter wies er darauf hin, dass es einen Versuch gegeben habe, im Ortsteil Witterschlick eine Außenstelle des Rathauses einzurichten. Diese sei aber nicht angenommen worden. Jetzt biete das Rathaus den Bürgern ein „Nach-Hause-Bring-Service“ von z.B. Ausweisen an. Insofern werde die Rathausanbindung nach seiner Auffassung völlig überbewertet. Viel wichtiger sei die Anbindung an die Schiene, die örtliche Versorgung mit Ärzten und zu den Einkaufszentren. Zur Alanus-Hochschule bemerkte er, Herr Dr. Berbuir habe völlig recht. Es könne nicht jedem mit zwei Standorten eine kostenlose Partnerschaft angeboten werden. Außerdem komme ein entsprechendes Gutachten zu dem Ergebnis, dass die beiden Standorte am besten mit Fahrrädern zu verbinden seien. Zum Thema „Hertersplatz“ äußerte er, es sei richtig, hier die Kapazitäten im Auge zu behalten. Er gebe aber auch zu bedenken, dass zurzeit zwei Gelenkbusse in kurzen Abständen über die Bahnhofstraße fahren. Das sollte vor Jahren schon geändert werden. Deshalb sei er froh, dass mit dem Evaluierungskonzept jetzt die Chance genutzt werde, hier umzustrukturieren. Er hoffe, dass das Optimierungskonzept auch ein Vorbild für die RSVG und die SWB werde. In Anbetracht der von den Abgeordneten Bausch und Albrecht angesprochenen Themen in Meckenheim bedaure er, dass der zeitliche Rahmen bis zur Beschlussfassung so eng sei. In Alfter werden in der nächsten Woche zwei überparteiliche Bürgerversammlungen stattfinden, um dann ggf. Bedenken und Anregungen in der darauffolgenden Woche im Ausschuss in Alfter mit beraten zu können.

Herr Dr. Sarikaya ging noch einmal auf die Anbindung der Alanus-Hochschule ein. Die Verwaltung habe das Thema zusammen mit der Hochschule und der Gemeinde diskutiert. Auch die Hochschule selber habe kein Potential für eine Busverbindung

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

zwischen den beiden Standorten gesehen. Deshalb gebe es auch den Vorschlag, die Standorte mit einem Fahrradverkehr zu verbinden. Bezogen auf die Linie 843 teile er nicht die Auffassung des Abg. Albrecht, weil die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen eine Linienführung über den Hardtberg zum Bahnhof Duisdorf zulassen und ein Umsteigen auf die RB 23 stützen. Es sei verkehrstechnisch sinnvoll, die Kunden für die längere Strecke bis nach Bonn am Industriepark Meckenheim auf den Schienenverkehr umsteigen zu lassen, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die öffentliche Hand hier in den Ausbau der Haltepunkte investiert habe. Hinzu komme, dass die eingesparten Verkehrsleistungen an anderer Stelle investiert werden, so dass sich insgesamt ein sinnvolles Verkehrsnetz ergebe. Das Konzept werde selbstverständlich noch einmal mit den Städten und Gemeinden diskutiert. Am 27.01. sei ein Gespräch mit dem Technischen Beigeordneten der Stadt Meckenheim vereinbart. Die gewünschte Bürgerversammlung sollte bis zur Fertigstellung des Konzeptes Meckenheim zurückgestellt werden. Der Evaluierungsbericht Alfter werde natürlich auch in dem dort zuständigen Ausschuss vorgestellt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

**B.-Nr.  
106/14**      **Der Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt das vorliegende Planungskonzept für den Raum Alfter/Bonn-Hardtberg zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Abstimmungsprozess mit den betroffenen Kommunen und Verkehrsunternehmen einzuleiten.**

**Abst.-  
Erg.:**      **einstimmig**

6	Kreiswettbewerb 2014 "Unser Dorf hat Zukunft"	
---	--	--

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya berichtete, der Behindertenbeauftragte der Gemeinde Much habe die Verwaltung gebeten, die Themen „Inklusion“ und „Barrierefreiheit“ bei diesem Kreiswettbewerb besonders zu berücksichtigen. Dies habe die Verwaltung zugesagt. Daher werde er der Kommission empfehlen, diese beiden Punkte in die Bewertung mit einzubeziehen.

**B.-Nr.  
107/14**      **Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, den Kreiswettbewerb 2014 „Unser Dorf hat Zukunft“ als Vorbereitung auf den Landeswettbewerb durchzuführen.**

**Abst.-  
Erg.:**      **einstimmig**

7	Landesentwicklungsplan	
---	------------------------	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, trug vor, dass es - zumindest von seiner Fraktion - umfangreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu der Stellungnahme des

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Rhein-Sieg-Kreises gebe. Es würde aber den Rahmen dieser Sitzung sprengen, diese als Tischvorlage vorzulegen. Er schlage deshalb vor, dass die Fraktionen zwar heute auf Wunsch Stellung zum Landesentwicklungsplan (LEP) beziehen können, die Beschlussfassung aber auf die Kreisausschuss-Sitzung vertagt werde, damit die anderen Fraktionen noch ausreichend Zeit haben, sich mit den Änderungsvorschlägen zu befassen. Es bestehe auch die Möglichkeit, sich in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe noch einmal mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Abg. Metz führte aus, die Stellungnahme der Verwaltung enthalte viele wichtige Punkte und sei eine gute Grundlage. Ein LEP sei sehr umfangreich und sorge für viel Diskussion. Die Staatskanzlei erwarte ca. 1.000 Stellungnahmen. Vor diesem Hintergrund halte er es für notwendig, dass der Rhein-Sieg-Kreis - einwohnermäßig einer der größten Kreise - seine Interessen sehr deutlich und im größtmöglichen Konsens artikuliere. Unterschiedliche Auffassungen könne es z.B. bei den Themen Windenergie und Flächenentwicklung geben. Insbesondere sollte in der Stellungnahme auch die Frage der Kiesabgrabung behandelt werden. Darüber hinaus müsse sehr genau überlegt werden, was die Festlegung des Flughafens Köln/Bonn als „landesbedeutsamer Flughafen“ für den Lärmschutz und die Nachtflugverbote bedeute. Seine Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn die Änderungsvorschläge im Rahmen eines interfraktionellen Treffens konstruktiv diskutiert und dann in einer möglichst einstimmigen Stellungnahme festgehalten werden könnten.

Abg. Bausch schloss sich den grundsätzlichen Anmerkungen seines Vorredners an. Der Landesentwicklungsplan sei umfangreich und vielschichtig. Er formuliere immerhin 60 rechtsverbindliche Ziele, die sich auch auf die Aufstellung anderer Entwicklungspläne auswirken. Hinzu komme, dass von Seiten der Verwaltung eine Reihe von Anmerkungen - insbesondere aus dem Bereich des Tourismus, der für unsere Region sicherlich nicht unerheblich sei - zusätzlich aufgenommen worden seien. Heute eine Abstimmung in den Detailfragen zu erreichen, sei aus seiner Sicht nicht möglich. Er unterstütze deshalb den Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden. Man sollte sich kurzfristig zusammensetzen, mit dem Ziel, eine möglichst einstimmige Stellungnahme zu erarbeiten. Die von der Staatskanzlei vorgegebene Abgabefrist ende am 28.02. Der Kreisausschuss müsse in seiner nächsten Sitzung am 10.02. entscheiden. Das bedeute, es müsste noch vorher ein Termin für eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gefunden werden.

Abg. Dr. Kuhlmann betonte, auch für seine Fraktion sei der LEP ein wichtiges Thema, über das man nicht in der heutigen Sitzung abschließend beraten könnte. Seine Fraktion habe ebenfalls noch Prüfungsbedarf. Eine „Reduzierung des Flächenverbrauchs“ sei sicherlich erstrebenswert, müsse aber mit Augenmaß vorgenommen werden. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rhein-Sieg-Kreis/NRW müssten auch zukünftig bei Bedarf Flächen- und Produktionserweiterungen vor Ort möglich sein. Auch der Bedarf an Flächen für die Landwirtschaft müsste berücksichtigt werden. Nach seiner Auffassung gehe die Stellungnahme auf diese Punkte nicht angemessen ein.

Abg. Albrecht stimmte den allgemeinen Bemerkungen seiner Vorredner zu. Er sehe ebenfalls Prioritäten beim Thema „Wirtschaftsstandort“. Auch Landwirtschaft sei für den Rhein-Sieg-Kreis ein wichtiges Thema, linksrheinisch insbesondere der Obstanbau. Im Bereich „Verkehr und Infrastruktur“ interessiere ihn, ob das Projekt „Merler Schleife“ weiterhin geplant sei. Bezogen auf die immer noch vorgesehene „Naafbachtalsperre“ bemerkte er, dass Talsperren nach der Wasserrechtsrahmenrichtlinie der EU gar nicht mehr unbedingt erwünscht seien.

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende schlug auf Anregung der Verwaltung

**Montag, den 03.02.14, 15.30 Uhr**

als Termin zur Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme mit den Fachpolitikern der jeweiligen Fraktionen vor.

Der Termin wurde einvernehmlich angenommen.

**B.-Nr.**  
**108/14**

**Der Planungs- und Verkehrsausschuss verweist die Beschlussfassung über den Entwurf der Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises im Verfahren zur Neuaufstellung des LEP ohne Empfehlung an den Kreisausschuss.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**einstimmig**

<b>8</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>	
----------	----------------------------------	--

8.1	Agger-Sülz-Radweg	
-----	-------------------	--

Abg. Metz begrüßte, dass jetzt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden sei. Aus Lohmar habe er die Rückmeldung, dass der Agger-Sülz-Radweg, insbesondere das Teilstück zwischen Lohmar, Straße nach Altenrath und Troisdorf, als sehr wichtig erachtet werde. Es handle sich um die kürzeste Verbindung zwischen Lohmar und Troisdorf und sollte deshalb nicht nur unter dem touristischen Aspekt, sondern auch unter dem Aspekt „Alltagsverkehr“ untersucht werden. Nördlich der Agger werde großer Wert auf die Verbindung mit den außerschulischen Lernangeboten gelegt.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

8.2	<b>Aktuelle Mitteilungen und Anfragen</b>	
-----	---	--

a) Ortsumgehung Uckerath

Der Ausschuss nahm die Tischvorlage, das Schreiben der Landräte des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Altenkirchen an die Minister des Landes Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zur B 8, Ortsumgehung Uckerath, sowie das Antwortschreiben des Ministers des Landes Rheinland-Pfalz zur Kenntnis.

b) Anfrage zum Sachstand der Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf

Abg. Dr. Kuhlmann erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Grundstücksverhandlungen.

Planungsdezernent Jaeger wies darauf hin, dass bereits am 03.12.2013 eine

21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachstandsanfrage schriftlich beantwortet worden sei. Inzwischen sei der Grundstückserwerb nahezu abgeschlossen, die letzten Kaufverträge befinden sich in der Beurkundung. In zwei Fällen werden die Antragschreiben für die Enteignungsverfahren vorbereitet und bis Ende Januar bei der Bezirksregierung eingereicht. Soweit Besitzeinweisungen erforderlich sein sollten und die Voraussetzungen hierfür vorliegen, werden die Besitzeinweisungsverfahren ebenfalls unverzüglich vorbereitet.

c) Sanierung der Hohenzollernbrücke in Köln

Abg. Krauß wies darauf hin, dass ab dem 07. März die Gleise auf der Hohenzollernbrücke in Köln saniert werden. Das habe auch Auswirkungen auf den Rhein-Sieg-Express (RE 9). Er bitte die Verwaltung, den NVR auf eine möglichst zeitnahe und umfassende Kundeninformation aufmerksam zu machen.

d) Klaus Karcher

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, machte dem Ausschuss die traurige Mitteilung, dass am 16.12.2013 der erst Anfang 2010 in den Ruhestand getretene ehemalige Planungsamtsleiter Klaus Karcher verstorben sei.

**Ende des öffentlichen Teils**

**Nichtöffentlicher Teil**

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo Steiner  
Vorsitzender

Ursula Hillebrand  
Schriftführerin